

mit Schwerpunkt **Stock Option Watch**

Privatvermögen in Deutschland wächst

Die privaten Geld- und Immobilienvermögen der Deutschen sind in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt substanzial gewachsen, in Ostdeutschland erheblich stärker als in Westdeutschland. In Westdeutschland ist die Vermögensverteilung etwas ungleichmäßiger, in Ostdeutschland dagegen gleichmäßiger geworden. Dies sind zentrale Ergebnisse eines Gutachtens, das das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erstellt hat.

Geld- und Immobilienvermögen je Haushalt (in 1.000 Euro)

	1993		1998		2003	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Deutschland						
Bruttovermögen	121,1	35,6	133,7	45,6	161,3	67,0
Schulden	15,0	0,0	20,0	0,0	27,9	0,0
Nettovermögen	106,2	32,4	113,7	38,5	133,4	49,8
Westdeutschland						
Bruttovermögen	143,3	79,4	151,3	74,8	179,0	93,5
Schulden	17,9	0,0	22,2	0,0	30,2	0,0
Nettovermögen	125,4	60,0	129,2	56,1	148,8	63,6
Ostdeutschland						
Bruttovermögen	40,1	10,6	56,3	16,8	76,1	25,2
Schulden	3,7	0,0	10,6	0,0	16,6	0,0
Nettovermögen	36,4	10,1	45,6	15,4	59,6	21,8

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Berücksichtigung privat verliehener Gelder, Bargeld und Sichteinlagen.

Das ZEW hat die Entwicklung und Verteilung der materiellen Vermögen (Geld- und Immobilienvermögen, Betriebsvermögen), der Alterssicherungsansprüche (gesetzliche und betriebliche Altersversorgung) sowie des Humankapitals untersucht. Die Ergebnisse im Hinblick auf die Geld- und Immobilienvermögen sind in der Tabelle dargestellt. So wiesen die privaten Haushalte nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 im Durchschnitt ein Nettovermögen von rund 133.000 Euro aus. Der Median liegt mit rund 50.000 Euro allerdings erheblich niedriger. In den

vergangenen zehn Jahren sind die Nettovermögen im Durchschnitt um knapp 26 Prozent gestiegen. Während die westdeutschen Haushalte im Durchschnitt über ein Geld- und Immobilienvermögen von rund 149.000 Euro verfügen, besitzen die ostdeutschen Haushalte mit knapp 60.000 Euro nur 40 Prozent des Vermögens der westdeutschen Haushalte. Jedoch hat sich der Abstand zwischen ost- und westdeutschen Haushalten erheblich verringert. 1993 betrug die Relation der Durchschnittsvermögen zwischen Ost- und Westdeutschland rund 29 Prozent, 1998 waren es rund 35 Prozent.

Die Haushalte in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung verfügen über etwas weniger als vier Prozent des gesamten Nettovermögens, während die 20 Prozent vermögensstärksten Haushalte rund zwei Drittel des gesamten privaten Geld- und Immobilienvermögens auf sich vereinen. Dabei ist die Vermögensverteilung in Ostdeutschland etwas ungleichmäßiger als in Westdeutschland. Während die ostdeutsche Vermögensverteilung jedoch im Zeitablauf tendenziell gleichmäßiger geworden ist, ist für Westdeutschland eine Tendenz zu einer stärkeren Ungleichverteilung festzustellen. So haben die Vermögen der Haushalte in Westdeutschland in der Zehnjahresperspektive im unteren Drittel der Verteilung – auf allerdings niedrigem Niveau – in prozentualer Betrachtung deutlich abgenommen. In der Mitte der Verteilung sind im Allgemeinen geringe, bei den höheren Vermögen stärkere Zuwächse zu verzeichnen. In Ostdeutschland ist dagegen in der Zehnjahresperspektive ein substanzialer Aufbau von

IN DIESER AUSGABE

Privatvermögen in Deutschland wächst	1
Chemieindustrie in Deutschland: Eckpfeiler im Innovationssystem	2
Strategische Forschungs- und Förderperspektiven für Baden-Württemberg	3
Dienstleister der Informationsgesellschaft: Stimmung weiter verschlechtert.	4
DFG-Forschungsschwerpunktprogramm präsentiert erste Ergebnisse	5
Neuerscheinungen, Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Vermögen über einen breiten Bereich der Vermögensverteilung zu beobachten.

Vermögensverteilung in Westdeutschland wird ungleicher

Während sich die Veränderungen in Ostdeutschland durch die besondere Ausgangssituation und die Annäherung der Verhältnisse in beiden Landesteile erklären lassen, bedarf die Entwicklung in Westdeutschland einer tieferen Analyse. Die Veränderungen können im Wesent-

lichen auf folgende Einflussfaktoren zurückgeführt werden: Die Änderung in der Vermögensverteilung korrespondiert mit gleichgerichteten Änderungen in der Einkommensverteilung und in der Sozialstruktur. Dies deutet darauf hin, dass Änderungen in der Sparfähigkeit eine wichtige Ursache für Änderungen der Vermögensverteilung darstellen. Aber auch die Entwicklung der Alters- und Haushaltsgrößenstruktur sowie unterschiedliche Wertzuwächse in den Kategorien des Geldvermögens (etwa Aktien, Renten, Bankeinla-

gen) haben zur ungleichmäßiger werdenden Entwicklung der Vermögen beigetragen. Letztlich kann ein erheblicher Anteil der errechneten Verteilungsänderung auch auf statistischen Effekten beruhen, da die zugrunde liegenden Daten der EVS nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind und auch durch Korrekturrechnungen keine vollständige Vergleichbarkeit hergestellt werden kann.

Das Gutachten kann unter www.zew.de herunter geladen werden.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Chemieindustrie in Deutschland: Eckpfeiler im Innovationssystem

Die deutsche Chemieindustrie ist ein wichtiger Impulsgeber für Innovationen in anderen Branchen: Als Lieferant von neuen Materialien und Stoffen ermöglicht sie in anderen Industriezweigen die Einführung von neuen Produkten und Verfahrensverbesserungen. Allerdings hat die Innovationsleistung der Chemie in den vergangenen Jahren nachgelassen. Langfristig kann dies ihre Rolle als „Innovationsmotor“ gefährden, so eine ZEW-Studie.

Die Chemieindustrie zählt zu den drei wichtigsten Sektoren, die über die Lieferung von Investitionsgütern, Vorprodukten und Dienstleistungen andere Branchen mit Forschungsleistungen versorgen. Im Jahr 2001 belief sich die Gesamtmenge des „Forschungs und Entwicklungs (FuE)-Transfers“ zwischen Branchen in Deutschland auf rund 16 Milliarden Euro. Dabei handelt es sich um die in den Güterlieferungen durchschnittlich enthaltenen Aufwendungen für FuE. Aus der Chemieindustrie stammen 10,3 Prozent dieser „inkorporierten“ FuE. Sie liegt damit an der Spitze der Technologielieferanten, gleichauf mit der Elektronikindustrie und dem

Maschinenbau. Im Vergleich zu ihrem Anteil an allen intersektoral bezogenen Gütern von 3,2 Prozent wird der hohe Innovationsgehalt von Chemieprodukten deutlich.

Sektorale Herkunft der Impulsgeber von Innovationen

Ähnliche Ergebnisse liefern Analysen zur sektoralen Herkunft von Impulsgebern von Innovationen. Im Jahr 2002 erzielte die deutsche Wirtschaft mit neuen Produkten, die erst durch die Nutzung neuer Materialien oder Technologien von Zulieferern ermöglicht wurden, einen Umsatz von rund 20 Milliarden Euro. Innerhalb dieser von Lieferanten angestoßenen Innovationen nimmt die Chemie mit einem Anteil von 15 Prozent den dritten Platz hinter der Elektronik und der Software ein. Bei Prozessinnovationen ergibt sich ein vergleichbares Bild. Gemessen an den Kosteneinsparungen, die mit von Lieferanten ausgelösten Prozessinnovationen erreicht wurden, liegt der Anteil der chemieseitig angestoßenen Innovationen bei 14 Prozent. Dies ist die dritte Position hinter dem Maschinenbau und der Elektronik.

Allerdings gibt es Anzeichen, dass die Bedeutung der Chemie als Impulsgeber für Innovationen in anderen Branchen seit Mitte der 1990er Jahre abgenommen hat. So ist der Anteil der Chemie an der gesamten „inkorporierten“ FuE von 13,8 Prozent im Jahr 1995 auf 10,3 Prozent im Jahr 2001 gefallen. Grund für diese Entwicklung war, dass die Dynamik der FuE-Aufwendungen in der Chemie in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geringer als in den meisten anderen Branchen war. Weiterhin wird ein zunehmender Anteil der in Deutschland eingesetzten Chemiegüter importiert. Da die FuE-Intensität der Chemieproduktion anderer Länder mit Ausnahme Japans niedriger als die Deutschlands ist, sinkt dadurch der durchschnittliche FuE-Gehalt von in Deutschland nachgefragten Chemiegütern. Zudem verschob sich die Nachfrage in Deutschland zugunsten von Dienstleistungssektoren. Dadurch haben Branchen, die FuE-Vorleistungen für Dienstleistungen erbringen (etwa Software, Pharma), ihre Position in der FuE-Transferbilanz verbessert.

Das Gutachten kann unter www.zew.de herunter geladen werden.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Strategische Forschungs- und Förderperspektiven für Baden-Württemberg

Mit zehn Millionen Euro will die Landesstiftung Baden-Württemberg strategisch wichtige Forschungsfelder stärken. Vor allem die Materialforschung, die biologisch/biochemischen Forschungsmethoden, die medizinische Chemie, die Umwelt- und Energieforschung sowie die modernen Verfahrenstechniken haben für Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Das zeigt eine internationale Analyse und landesweite Befragung von Wissenschaftlern des Instituts für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung (IWW) an der Universität Karlsruhe, des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) und des ZEW.

Die Finanzierung der Grundlagenforschung und die Förderung talentierter Nachwuchswissenschaftler zählen nach der Befragung von mehr als 480 Spitzenforschern zu den dringendsten Aufgaben der Zukunftssicherung in Baden-Württemberg. Sie sind die Grundbausteine für Innovationen und eine auf Nachhaltigkeit orientierte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Schwerpunkte der Studie waren die Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie die medizinische Forschung. Untersucht wurden die bedeutendsten Wissenschaftsgebiete baden-württembergischer Forscher anhand weltweiter Fachpublikationen und anhand einer Umfrage, die mit Einsatz des Internets nach den Einschätzungen der Forscher zu Perspektiven und dringendem politischen Handlungsbedarf fragte. Unter den für Baden-Württemberg bedeutendsten Wissenschaftsgebieten räumt die Studie vor allem fünf Technologiebereichen höchste Priorität ein.

Materialforschung ausbauen

Der Materialforschung als Querschnittstechnologie, in der im internationalen Vergleich baden-württembergi-

sche Forscher Spitzenpositionen sowohl in der Grundlagen- als auch der angewandten Forschung behaupten. Neue Materialien sind sowohl für die Informationstechnik, aber auch für die Biotechnik essenziell. Die Forschung und Entwicklung in der Materialforschung fördern die technologische Leistungsfähigkeit einer Reihe erfolgreicher und in Baden-Württemberg angesiedelter Firmen. Um die Entwicklungsdynamik zu erhöhen, empfiehlt die Studie, diese Forschungsaktivitäten weiter auszubauen.

Das Einsatzspektrum der biologisch/biochemischen Forschungsmethoden reicht von der Untersuchung molekularer Systeme und der Modellierung komplexer biologischer Prozesse bis hin zu ihrer Anwendung in der Medizin und in der Lebensmittelwissenschaft. Baden-Württemberg hält hier mit der internationalen hohen Entwicklungsdynamik Schritt. Die Studie empfiehlt hier vor allem eine Förderung der anwendungsorientierten Forschung.

Pharmazeutische Grundlagenforschung weltweit Spitze

Die medizinische Chemie und die mit ihr eng verknüpfte pharmazeutische Forschung und Entwicklung haben in Deutschland eine lange und erfolgreiche Tradition. In Baden-Württemberg wird vor allem in der Grundlagenforschung internationale Spitzenforschung betrieben. In der Wachstumsdynamik bleibt das Land dennoch hinter der rasanten weltweiten Entwicklung zurück. Eine gezielte Förderung soll hier helfen, die mittel- und langfristige Wettbewerbsposition auszubauen.

Laut Expertenmeinung gehört Baden-Württemberg vor allem in der Umwelt- und Energieforschung zur internationalen Spitze. Dieses Gebiet zeichnet sich durch hohe Qualitätsstandards, aber auch durch eine extreme Spezialisierung



aus. Hier empfiehlt die Studie, das Spektrum der Forschungsaktivitäten auf eine breitere Basis zu stellen.

Moderne Verfahrenstechnik: Anstrengungen notwendig

In den Modernen Verfahrenstechniken, zu denen die Nanotechnologie zählt, ist die Wachstumsdynamik international beachtlich. In Baden-Württemberg bedarf es besonderer Anstrengungen, um nicht von der weltweiten Entwicklung abgekoppelt zu werden. Die Förderung sollte sich auf spezielle Teilgebiete konzentrieren, um die positive Wettbewerbsposition nachhaltig zu stützen.

Die Studie empfiehlt der Landesstiftung Baden-Württemberg, die diese Studie in Auftrag gab, den fünf Wissenschaftsgebieten Priorität bei der Festlegung neuer Förderprogramme einzuräumen. Gleichwohl betont sie, dass auch andere analysierte Wissenschaftsgebiete aussichtsreiche Potenziale zur Spitzenforschung und damit zur mittelfristigen Förderung in sich bergen.

Dr. Andreas Fier, fier@zew.de
Heide Löhlein, loehlein@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Dienstleister der Informationsgesellschaft: Stimmung weiter verschlechtert

Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, ist im ersten Quartal 2005 erneut um 3,6 Punkte gefallen und liegt nun bei 55,4 Punkten. Für den relativ starken Rückgang sind wie bereits im vierten Quartal 2004 insbesondere die eingetrübten Geschäftserwartungen verantwortlich. So zählt der Teilindikator, der die Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2005 zusammenfasst, 57,2 Punkte und damit 4,9 Punkte weniger als im Vorquartal. Aber auch die Bewertung der aktuellen Geschäftslage tendiert im ersten Quartal 2005 deutlich nach unten: Der entsprechende Teilindikator fällt im Vergleich zum Vorquartal um 2,4 Punkte auf 53,7 Punkte. Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März und April 2005 durchgeführt hat.

An der Umfrage von ZEW und Creditreform beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft besteht aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Optimismus bei Steuerberatern und in der Forschung

In den Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Forschung und Entwicklung sowie Unternehmensberatung ist im ersten Quartal 2005 der Anteil der

Unternehmen mit einer positiven Umsatzentwicklung am höchsten. Auch die Ertragsentwicklung ist bei diesen Unternehmen per Saldo positiv. Entsprechend optimistisch blicken die Unternehmen dieser drei Branchen auf das zweite Quartal 2005: Sowohl bei den Nachfrageerwartungen als auch bei den Umsatzerwartungen ist der Saldo positiv.

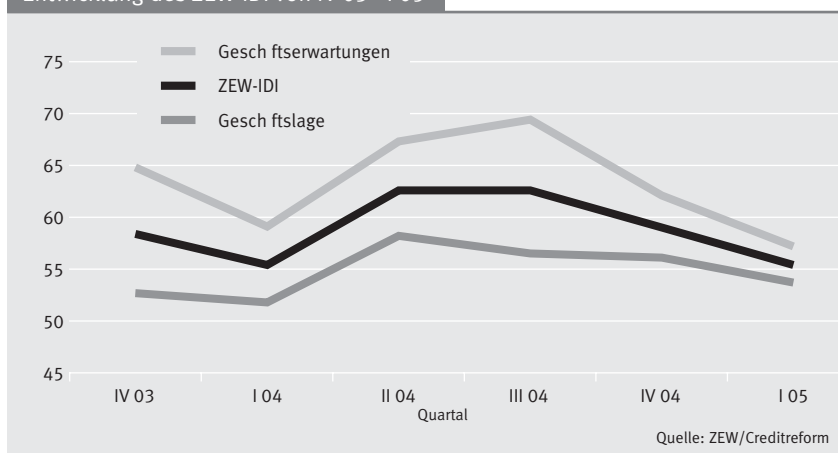
Auch die Werbeagenturen verzeichnen im ersten Quartal 2005 einen positiven Saldo in der Umsatzentwicklung. Auffällig sind in dieser Branche die optimistischen Erwartungen für das zweite Quartal 2005. Knapp die Hälfte der Werbeagenturen rechnet für das zweite

tragslage im zweiten Quartal 2005 besetzt. Die EDV-Dienstleister und Vermieter rechnen hingegen per Saldo für das zweite Quartal 2005 mit Umsatzeinbußen.

Ungünstige Personalsituation

Die Personalsituation im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft stellt sich eher ungünstig dar. Vor allem bei den Werbeagenturen hat im ersten Quartal 2005 mit 61 Prozent ein großer Anteil der Unternehmen Personal entlassen. Nur bei den Architekten ist mit mehr als 75 Prozent entlassenden Unternehmen dieser Anteil höher. Einen

Entwicklung des ZEW-IDI von IV 03 - I 05



Quartal 2005 mit einer steigenden Nachfrage und einer positiven Entwicklung des Unternehmensertrags.

Verschlechtert hat sich die Umsatzentwicklung im ersten Quartal 2005 vor allem bei den Architekten sowie den EDV-Dienstleistern und -Vermietern. Während die EDV-Dienstleister und -Vermieter aufgrund einer positiven Nachfrageentwicklung ihre Ertragslage per Saldo positiv bewerten, berichten Architekten am häufigsten von fallender Nachfrage und fallenden Erträgen. Die Architekten sind jedoch per Saldo optimistisch, dass sich ihre Umsatz- und Er-

tragslage im ersten Quartal 2005 lediglich die Branchen Unternehmensberatung sowie Forschung und Entwicklung auf. Bei den Unternehmensberatern hat etwa die Hälfte der Unternehmen Personal eingestellt; bei den Unternehmen in der Forschung und Entwicklung etwa ein Drittel der Unternehmen. Für das zweite Quartal 2005 rechnen neben den Unternehmensberatern nur die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer per Saldo damit, dass sie ihren Personalbestand erweitern werden.

Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

DFG-Forschungsschwerpunktprogramm präsentiert erste Ergebnisse

Vom 17. bis 19. März 2005 fand am ZEW das zweite Arbeitstreffen des DFG-Forschungsschwerpunkt-



programms "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten" mit mehr als 60 Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern statt. Teil des Arbeitstreffens war eine international hochkarätig besetzte Tagung zum Thema "Education and Training: Markets and Institutions". Das DFG-Forschungsschwerpunktprogramm, das die DFG im Sommer 2004 eingerichtet hat, fördert insgesamt 18 Einzelprojekte, darunter vier Projekte mit ZEW-Beteiligung. Sieben der geförderten Projekte konnten auf der Tagung bereits erste Ergebnisse zur Diskussion stellen. Das Programm stellten Christian Dustmann und Steve Machin (beide University College London) und Bernd Fitzenberger (Universität Frankfurt am Main und ZEW) zusammen.

Bestimmungsfaktoren des Erfolgs von Ausbildung

Inhaltliche Schwerpunkte der internationalen Tagung waren empirische Studien zu den Bestimmungsfaktoren des Erfolgs von schulischer und beruflicher Ausbildung. David Card (University of California, Berkeley) referierte über den

Einfluss von Segregation auf den schulischen Erfolg von weißen und schwarzen Schülern in den USA. Seine umfangreichen empirischen Arbeiten auf Basis der Volkszählung in den USA zeigen, dass der geringere schulische Erfolg von schwarzen Schülern nicht von der rassistischen Zusammensetzung der Schulklassen bestimmt wird. Eine gewisse Rolle kommt der räumlichen Segregation in verschiedene Stadtviertel zu. Entscheidend wirkt sich jedoch der fehlende Kontakt zu ökonomisch erfolgreicherer Nachbarn aus. Erik Hanushek (Stanford University) untersuchte Einflussfaktoren des schulischen Erfolg auf Basis umfangreicher administrativer Daten in Texas. Insbesondere befasste er sich mit dem Einfluss der großen Qualitätsunterschiede in der Arbeit von Lehrern und der von den Eltern gewählten Schulform für ihre Kinder. Dabei unterscheidet sich die Qualität der Lehrer vor allem innerhalb von Schulen und nur wenig zwischen Schulen, das heißt es findet wenig qualitätsinduzierte Mobilität statt. Eltern reagieren jedoch bei der Schulwahl stark auf Qualitätsunterschiede zwischen Schulen und Schulformen, sodass qualitätssteigernder Wettbewerb über diesen Weg stattfindet.

Einfluss der Gewerkschaften auf Ausbildung in Unternehmen

Weitere Vorträge der Tagung befassten sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Einfluss von Gewerkschaften und dem Ausbildungsverhalten von Firmen. Christian Dustmann und Uta Schönberg (Rochester University) argumentierten, dass der Flächentarifvertrag in Deutschland als Selbstbindung der Unternehmen wirkt, die die Arbeitnehmer dazu veranlasst, Weiterbildungsanstrengungen im Sinne der Firmen zu

unternehmen. Thomas Lemieux (University of British Columbia) zeigte für Kanada, dass die Mitgliedschaft in Gewerkschaften mit höherer Weiterbildung in Unternehmen verbunden ist. Allerdings liegt hier kein direkter Einfluss der Gewerkschaften vor, vielmehr weisen Gewerkschaftsmitglieder eher Charakteristika auf, die mit einer stärkeren Weiterbildungsneigung einhergehen.

Förderung beruflicher Weiterbildung

Auch die Auswirkungen der Förderung beruflicher Weiterbildung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland auf die zukünftigen Beschäftigungschancen von Arbeitslosen wurden behandelt. Bernd Fitzenberger zeigte auf Basis administrativer Daten, dass für Personen, die 1993 arbeitslos wurden, die Teilnahme an einer Fortbildung zur Vermittlung begrenzter beruflicher Kenntnisse nach ein bis eineinhalb Jahren zu einer um etwa zehn Prozentpunkte höheren Beschäftigungsquote führt. Der positive Effekt bleibt bis zum Ende des Beobachtungszeitraums bestehen und ist in Westdeutschland etwas stärker als in Ostdeutschland.

Aus dem Forschungsschwerpunktprogramm wurden auch erste Ergebnisse zu den Wirkungen einer Verstärkung von Arbeitsanreizen bei Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern vorgestellt. Auch gab es Vorträge zum Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Lohnstrukturen, zu den Konsequenzen von inflexiblen Löhnen auf die Beschäftigungsmobilität und zur regionalen Mobilität von Arbeitslosen.

Informationen zum Forschungsschwerpunktprogramm und zur Tagung im März 2005 finden sich auf der Homepage www.zew.de/dfgflex

*Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D.,
fitzenberger@wiwi.uni-frankfurt.de*

Marie Waller, f.waller@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Sandra Gottschalk

Unternehmensdaten zwischen Datenschutz und Analysepotenzial

Unternehmensdaten, die für Forschungszwecke erhoben werden, können wertvolle Hinweise für die Wirtschaftspolitik liefern. Um diese Wissensbasis voll auszuschöpfen, sollten möglichst viele Forscher Zugang zu solchen Daten haben. Gleichzeitig muss jedoch der Datenschutz gewährleistet sein. Daher dürfen Erhebungsdaten von Unternehmen nur in anonymisierter Form weitergegeben werden. In dieser Arbeit werden exemplarisch verschiedene Anonymisierungsmaßnahmen sowohl hinsichtlich ihrer Schutzwirkung als auch hinsichtlich ihres Einflusses auf die Nutzbarkeit von anonymisierten Unternehmensdaten für wissenschaftliche Auswertungen untersucht. Dabei werden klassische Anonymisierungsmaßnahmen einer bisher noch wenig erforschten und angewendeten Anonymisierungsmethode, der „Erzeugung künstlicher Datensätze“, gegenübergestellt. Insbesondere wird nicht-parametrisches Resampling als eine praktikable Vorgehensweise vorgestellt und mit Daten des Mannheimer Innovationspanels getestet. Das Verfahren erweist sich als sinnvolle Alternative oder Ergänzung zu klassischen Anonymisierungsmethoden, weil es das Analysepotenzial von Mikrodaten unter Bewahrung der Schutzwirkung gut erhalten kann.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 76, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2005

Tereza Tykiová

Finanzierung, Börsengang und Performance mit unterschiedlichen Venture-Capital-Gebern

Diese Arbeit untersucht das Verhalten unterschiedlicher Typen von Venture-Capital-Gebern bei der Finanzierung und beim Börsengang ihrer Portfolio-Unternehmen. Ferner wird der Einfluss von Venture Capital auf die Unternehmensperformance analysiert. Die Untersuchung setzt dabei an den Besonderheiten des deutschen Venture-Capital-Marktes an. Dieser ist durch die mangelnde Erfahrung der Marktteilnehmer und eine heterogene institutionelle Gestaltung des Marktes gekennzeichnet. Differenzen in der Erfahrung und in der institutionellen Verankerung führen, wie die Arbeit zeigt, dazu, dass sich die Venture-Capital-Geber in Deutschland hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, der Anreizstrukturen und des vorhandenen Know-hows unterscheiden. Ausländische, unabhängige und renommierte Venture-Capital-Geber haben einen positiven Einfluss auf die Performance ihrer Portfolio-Unternehmen. Diese Venture-Capital-Geber unterscheiden sich von den anderen bereits durch ihr Verhalten beim Börsengang und während der vorbörslichen Finanzierung ihrer Portfolio-Unternehmen.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 77, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2005

EXPERTENSEMINARE

- 16.6.2005 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II
- 17.6.2005 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III
- 21.06.2005 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte
- 30.6.2005 IAS/IFSR-Workshop
- 7./8.7.2005 Gesamtwirtschaftliche Bewertung von Einkommens- und Konsumsteuerreformen

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 05-26, Johannes Gernandt, Friedhelm Pfeiffer: Einstiegslohne bei unvollkommenen Arbeitsmärkten.

No. 05-27, Ulf Moslener, Till Requate: Optimal Abatement in Dynamic Multi-Pollutant Problems When Pollutants can be Complements or Substitutes.

No. 05-29, Sokbae Lee, Ralf A. Wilke: Reform of Unemployment Compensation in Germany: A Nonparametric Bounds Analysis Using Register Data.

No. 05-30, Ralph Winkler, Ulrich Brandt-Pollmann, Ulf Moslener, Johannes Schlöder: On the Transition from Instantaneous to Time-Lagged Capital Accumulation. The Case of Leontief Type Production Functions.

No. 05-31, Christina Elschner, Lothar Lammersen, Michael Overesch, Robert Schwager: The Effective Tax Burden of Companies and on Highly Skilled Manpower: Tax Policy Strategies in a Globalized Economy.

No. 05-32, Vincent M. Otto, Andreas Löschel, Rob Dellink: Energy Biased Technical Change. A CGE Analysis.

No. 05-33, Johannes Becker, Clemens Fuest, Christoph Spengel: Konzernsteuerquote und Investitionsverhalten.

No. 05-34, Melanie Arntz: The Geographical Mobility of Unemployed Workers. Evidence from West Germany.

No. 05-35, Dirk Czarnitzki, Kornelius Kraft: License Expenditures of Incumbents and Potential Entrants: An Empirical Analysis of Firm Behavior.

No. 05-37, Otto H. Jacobs, Christoph Spengel, Thorsten Stetter, Carsten Wendt: EU Company Taxation in Case of a Common Tax Base. A Computer-based Calculation and Comparison Using the Enhanced Model of the European Tax Analyzer.

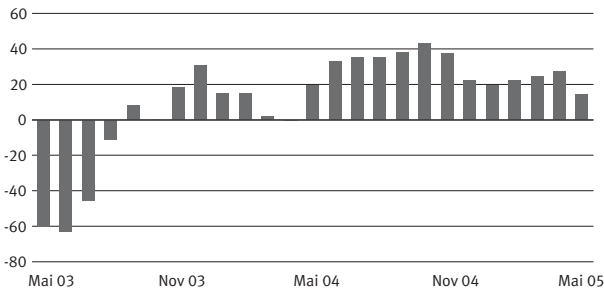
No. 05-38, Jacqueline Haverals: IAS/IFRS in Belgium: Quantitative Analysis of the Impact on the Tax Burden of Companies.

No. 05-39, Dan Stegarescu: Costs, Preferences, and Institutions: An Empirical Analysis of the Determinants of Government Decentralization.

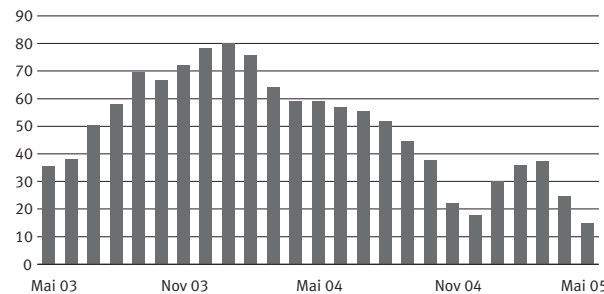
No. 05-40, Alexandra Spitz: The Effects of Changes in the Unemployment Compensation System on the Adoption of IT by Older Workers.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Geringe Inflation in Deutschland

Die Inflationsentwicklung in Deutschland hat dazu beigetragen, dass nur noch rund 18 Prozent der Experten eine Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank auf Sicht von sechs Monaten erwarten. Nach 1,6 Prozent im März stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland im April lediglich um 1,4 Prozent zum Vorjahresmonat. Im Euroraum verharrt der Index im April bei 2,1 Prozent und somit über der Zielmarke von 2,0 Prozent. Der Reparatursatz von 2,0 Prozent ist daher für den Euroraum angemessen, für Deutschland tendenziell zu restriktiv.

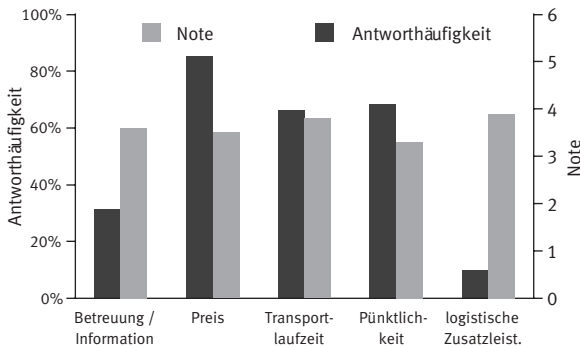
Volker Kleff, kleff@zew.de

Abwärtsdynamik abgeschwächt

Die ZEW Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Mai wie auch schon im Vormonat deutlich gefallen. Immerhin konnte die Abwärtsdynamik ein wenig gebremst werden. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei 14,8 Punkten nach 24,6 Punkten im März. Die Sorge um eine Abschwächung der weltweiten Konjunktur beeinflusst maßgeblich die Erwartungen. Das schlechter als erwartete US-Wachstum im ersten Quartal hat die Experten daher verstimmt.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Schienengüterverkehr erfüllt Anforderungen der Nachfrager nur schlecht

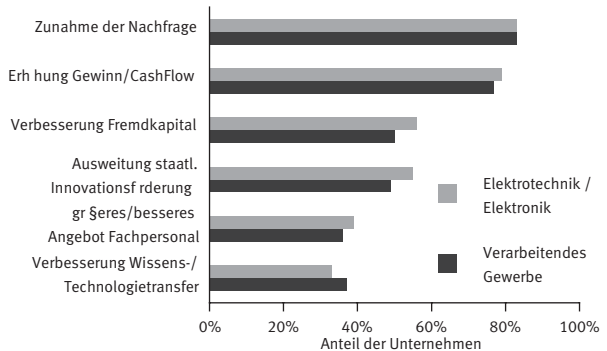


Quelle: ZEW

Im Transportmarktbarometer haben ProgTrans/ZEW die Stimmung im Schienengüterverkehr erfasst. Als zentrale Merkmale des Anforderungsprofils nannten die befragten Experten den Transportpreis (86,3 Prozent), die Pünktlichkeit (68,3 Prozent) und die Transportlaufzeit (66,3 Prozent). Jedoch geben sie dem Schienengüterverkehr bei allen Merkmalen relativ schlechte Noten: Preis (3,5), Pünktlichkeit (3,3) und Transportlaufzeit (3,8). Insgesamt erhält der Schienengüterverkehr eine 3,7 für das Preis-Leistungsverhältnis. Das dies nicht für eine positive Entwicklung des Schienengüterverkehrs reicht, zeigen Presseberichte der jüngsten Zeit.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Fremdkapitalangebot und Innovationsförderung wichtig für mehr Innovationen



Quelle: ZEW

Aufgrund der Wachstumsschwäche in Deutschland und der EU sieht das verarbeitende Gewerbe die Stimulation der Nachfrage und die Erhöhung des Gewinns/Cash Flows als wichtigste Voraussetzungen für eine Ausweitung ihrer Innovationsaktivitäten. In der Elektroindustrie zeigt sich zudem, dass eine Verbesserung des Fremdkapitals und eine Ausweitung der staatlichen Innovationsförderung die Innovationsaktivitäten erhöhen könnten. Gerade in dieser Branche sind Forschungsvorhaben oft kostspielig. Mit Fördermitteln und/oder Fremdkapital vermindern sich die eigenen Forschungskosten und damit das Innovationsrisiko.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Stahl

Die Lohnpolitik schickt sich erneut an, zu früheren Untugenden zurückzukehren, wie der neue Tarifabschluss für die Stahlindustrie belegt. Dort wurden für die gesamte Laufzeit des Tarifvertrages (17 Monate) ein Anstieg der Tarifentgelte in Höhe von 3,5 v. H. sowie eine Einmalzahlung von 500 Euro vereinbart. Statt sich einer situationsgerechten, innovativen Gestaltung des Tarifvertrages zu bedienen, welche die Arbeitnehmer angemessen am derzeitigen Boom in der Stahlindustrie beteiligt, ist nunmehr die nächste Entlassungswelle vorprogrammiert. Dann tauchen wieder die Plakate „Stopp dem Arbeitsplatzabbau“ auf, dann werden Unternehmen wieder eines ausbeuterischen und unpatriotischen Verhaltens bezichtigt, wenn sie Produktionsstätten ins Ausland verlagern, und dann sehen sich wieder einige Politiker bemüßigt, den Kapitalismus in seine Schranken zu verweisen.

Denn die nächste Abkühlung der Stahlkonjunktur kommt gewiss. Länder wie China decken ihren Stahlbedarf in zunehmendem Umfang durch heimische Produktion, und ausländische Stahlproduzenten wie etwa in Russland und Brasilien gewinnen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die stürmische Nachfrageentwicklung schwindet hierzulande dahin, die hohen Arbeitskosten bleiben. Zum Teil mögen sie auf andere Branchen in Form von Preiserhöhungen überwältigt werden, sicherlich zur hellen Freude beispielsweise der Automobilindustrie ob des daraufhin einsetzenden Nachfrageschubs nach Autos.

Dabei liegen adäquate Lösungen auf der Hand, die den berechtigten Anliegen der Beschäftigten in der Stahlindustrie Rechnung getragen hätten, nämlich am Unternehmenserfolg zu partizipieren. Vorschläge für solche Gewinnbeteiligungsmodelle finden sich zuhauf. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich dieses Themas des Öfteren in seinen Jahresgutachten bemächtigt. Die Tarifvertragsparteien hätten also das Rad nicht neu erfinden müssen, obwohl es ihnen selbstverständlich freigestanden hätte, eigene innovative Ideen tarifvertraglich umzusetzen. Davon war indes weit und breit nichts zu vernehmen.

Erfolgsbeteiligungsmodelle weisen eine Reihe von Vorzügen auf. Sie erhöhen die Leistungsanreize und damit die Produktivität der Beschäftigten, die sich mehr mit den Zielen des Unternehmens identifizieren (und weniger mit Klassenkampfideologien). Sie mindern die Sorge der Gewerkschaftsfunktionäre, von ihren Mitgliedern eines zu moderaten Tariflohnabschlusses geziehen zu werden, falls sich die wirtschaftliche Lage später doch günstiger entwickelt als in den Tarifverhandlungen prognostiziert. Außerdem können zwischenbetriebliche Gewinndifferenzen in solchen Modellen stärkere Berücksichtigung finden als in herkömmlichen Tarifverträgen.

Ein erfolgreiches Erfolgsbeteiligungsmodell setzt allerdings die Klärung einiger wichtiger und nicht ganz einfach zu behandelnder Aspekte voraus. Erstens muss das Verfahren zur Ermittlung des Unternehmenserfolges vorher festgelegt und transparent ausgestaltet sein, damit es später nicht zu Streitigkeiten kommt, weil sich die Arbeitnehmer über den Tisch gezogen fühlen, zu Recht oder zu Unrecht. Zweitens muss entschieden werden, ob die Bemessung des zu verteilenden Unternehmenserfolges für jeden Beschäftigten in Abhängigkeit der Höhe seines Arbeitsentgeltes oder als Pauschalbetrag vorgenommen werden soll. Drittens muss darüber befunden werden, wie symmetrisch eine Erfolgsbeteiligung konzipiert sein soll, ob mithin die Arbeitnehmer ebenso an Verlusten partizipieren müssen. Dafür wird man schwerlich plädieren können, sodass sich im Gegenzug eine obere Begrenzung des Verteilungsvolumens anbietet.

Die derzeitige Situation in der Stahlindustrie stellt ein Paradebeispiel für die Vorteilhaftigkeit eines Erfolgsteilbeteiligungsmodells dar. Diese Chance wurde vertan. Die seitens des Bundespräsidenten zu Recht eingeforderte „Vorfahrt für Arbeit“ findet, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat, bereits schon wieder an der nächsten Ampel ihr Ende. Diese steht auf Rot.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005